

1 Beschlussantrag für die Kreismitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen Potsdam,
2 am 19.04.2012

3
4 AntragstellerInnen:
5 Andreas Menzel, Mathias Schindler und Robert Wolff

6
7
8 **Freifunk in Potsdam unterstützen: Den Internetzugang der**
9 **Kreisgeschäftsstelle in das WLAN-Netz von Freifunk Potsdam einspeisen**

10
11 Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

12
13 1. Die Mitglieder des Kreisverbands Potsdam sprechen sich für die Einspeisung des Internetzugangs
14 der Kreisgeschäftsstelle in das WLAN-Freifunknetz des Freifunk Potsdam e.V. durch die Einrichtung
15 der nötigen Technik vor Ort aus.

16 Der Erwerb der nötigen Technik darf mit bis zu 100,- EUR aus dem laufenden Haushalt des
17 Kreisverbands unterstützt werden. Des Weiteren wird die kostenfreie Bereitstellung der
18 Stromversorgung für den Dauerbetrieb sowie der grundsätzliche Zugang für nötige Wartungsarbeiten
19 gewährt.

20
21 2. Die Mitglieder des Kreisverbands Potsdam fordern die Landeshauptstadt Potsdam auf, Freifunk
22 grundsätzlich zu unterstützen.

23
24 **Begründung:**

25
26 Die Initiative "Freifunk" hat sich der Entwicklung und Förderung von offenen WLAN-Netzen
27 verschrieben. Freifunk wird betrieben von BürgerInnen, die aus eigener Initiative heraus ihre WLAN-
28 Hotspots und Internetzugänge der Allgemeinheit zur Verfügung stellen und untereinander verbinden.
29 Der Kreisverband Potsdam von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt Freifunk als wichtige
30 zivilgesellschaftliche Initiative – die Förderung von Freifunk ist eine konkrete Verbesserung für
31 digitales Bürgerengagement.

32
33 Die Freifunk-Community ist Teil einer globalen zivilgesellschaftlichen Bewegung für freie partizipative
34 Infrastrukturen. Ihre Vision ist die Demokratisierung der Kommunikationsmedien durch freie
35 Netzwerke. Der praktischen Umsetzung dieser Idee nehmen sich Freifunk-Communities in der ganzen
36 Welt an.

37
38 Freifunk-Netzwerke sind Selbstmach-Netze. JedEr FreifunkerIn stellt ihren/seinen WLAN-Router für
39 den Datentransfer anderer TeilnehmerInnen zur Verfügung. Im Gegenzug kann er oder sie ebenfalls
40 Daten über das interne Freifunk-Netzwerk übertragen oder über von TeilnehmerInnen eingerichtete
41 Dienste im Netzwerk kommunizieren und zusammen arbeiten. Viele TeilnehmerInnen stellen zudem,
42 gleich unserem Antrag, ihren Internetzugang zur Verfügung und ermöglichen anderen den Zugang
43 zum weltweiten Internet.

44
45 Die Initiative dient nicht nur der Grundversorgung mit Kommunikationsmitteln, sondern hilft auch,
46 die digitale Spaltung zu überwinden: Wer Freifunk nutzt, kann ins Internet, auch wenn ihm dafür
47 andernfalls das Geld fehlen würde. Auch solchen BürgerInnen Internetzugänge zu ermöglichen, die
48 es sich andernfalls nicht leisten könnten, hilft der Demokratie, den Menschenrechten und verhindert
49 soziale Spaltung. Offene WLAN-Netzwerke steigern außerdem die Lebensqualität in den
50 Wohnvierteln, in denen sie zur Verfügung stehen. Sie sind Ausdruck nachbarschaftlicher Solidarität
51 und zeigen, dass gerade auch das "globale" Internet eine Sache lokaler Verhältnisse sein kann.

1
2 Freifunk-Netzwerke funktionieren aber auch auf einer lokalen Ebene, auch ohne Anbindung zum
3 Internet. Das kann für die BürgerInnen vor Ort eine Chance sein, da die BürgerInnen auch so
4 untereinander Daten austauschen können, ohne dass diese über das Internet laufen. Die lokale
5 Gemeinschaft behält so die "Datenhoheit" - kein Dritter ist in die Kommunikation eingeschaltet, alles
6 unterliegt der Kontrolle derjenigen, die die Infrastruktur selbst nutzen. Ein Freifunk-Netz ist dezentral
7 organisiert und umso stärker, desto mehr TeilnehmerInnen es hat. Kommunen können diese Form
8 von "lokalen" Netzen nutzen, um eigene Anwendungen daran anzuschließen.

9
10 Die Freifunk-Initiative hat allerdings in den letzten Jahren stark unter dem enormen Haftungsrisiko
11 gelitten, das mit dem Betrieb eines offenen WLAN-Internetzugangs mittlerweile einhergeht. Seit der
12 so genannten "Sommer unseres Lebens"-Entscheidung des BGH im Jahr 2010, wenden sich immer
13 mehr BürgerInnen von der Freifunk-Idee ab. Diese Gerichtsentscheidung besagt, dass die
14 BetreiberInnen von ungesicherten WLAN-Zugängen für Rechtsverletzungen haften, die über ihre
15 Anschlüsse verübt wurden. Die BetreiberInnen eines Freifunk-Internetzugangs sind also einem
16 beständigen Haftungsrisiko ausgesetzt, das sie nur vermeiden können, indem sie WLAN gegen
17 Fremdnutzung absichern- und damit ihre Mitwirkung bei Freifunk aufgeben. Ein bürgerschaftliches,
18 nicht-kommerzielles freies Netz sollte jedoch nicht schlechter gestellt sein als "große"
19 Zugangsprovider – für diese gibt es gesetzliche Haftungsprivilegien. Die Privilegien, die große
20 Internet-Zugangsprovider wie bspw. die Deutsche Telekom für sich in Anspruch nehmen können,
21 sollten auch für Freifunk gelten.

22
23 In diesem Rahmen muss auch der Freiheitsgrad von offenen Funknetzwerken des Weiteren erörtert
24 werden. Es ist Aufgabe der Gesetzgebung, klare Regeln zu definieren, die eben einerseits den
25 Freifunk vor einem übertriebenen Haftungsrisiko schützen, andererseits von den Freifunk-
26 Mitwirkenden aber auch ihr Mögliches verlangen, um die Rechtsdurchsetzung in offenen Netzen zu
27 unterstützen. Dabei leben lokale Freifunk-Initiativen von nachbarschaftlicher Solidarität und erlauben
28 somit ein gewisses Maß an sozialer Kontrolle. Aber auch in technischer Hinsicht könnten Freifunk-
29 Netze abgesichert werden, um Rechtsverletzungen zu vermeiden und Gefahrenabwehr und
30 Strafverfolgung zu ermöglichen. Eine wichtige Rolle spielt auch die Datensicherheit: Freifunk-Netze
31 sollten nicht dazu verwendet werden können, um NutzerInnen auszuspähen oder ihnen sonst zu
32 schaden.

33 Eine gesetzliche Regelung für Freifunk könnte von Freifunk-TeilnehmerInnen die Einhaltung eines
34 Mindeststandards bei der Gewährleistung von Sicherheit und Rechtsdurchsetzung fordern.

35
36 Auch der Freifunk Potsdam e.V. ist eine nicht-kommerzielle und für jedEn offene Initiative zur
37 Förderung und Verbreitung eines offenen und freien WLAN-Netzes in Potsdam. Dessen
38 Hauptanliegen ist es, allen BürgerInnen freien Zugang zum Internet zu gewährleisten und dadurch
39 auch die Möglichkeit zur Bildung und Entfaltung lokaler Sozialstrukturen zu fördern.

40
41 Durch die Unterstützung des freien WLAN-Netzes in Potsdam kann unser Kreisverband nicht nur
42 bürgerschaftliches Engagement und die Stärkung der lokalen Zivilgesellschaft fördern. Unsere
43 Landeshauptstadt Potsdam kann auf diese Weise auch teure, eigene Infrastruktur einsparen. Das
44 freie WLAN-Datenetz wird von BürgerInnen betreut und unterhalten, und kann annähernd
45 dieselben Funktionen wie stadteneigene öffentliche WLAN-Projekte bieten. Mit vergleichsweise wenig
46 Aufwand können wir als Kreisverband den Freifunk Potsdam e.V. substanziell unterstützen zu
47 wachsen sowie dadurch die Lebensqualität vor Ort für alle Bürgerinnen und Bürger spürbar steigern.

48
49 [Die Begründung wurde zu großen Teilen dem LDK-Beschluss von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen
50 „Digitales Bürgerengagement stärken, Freifunk fördern“, vom 02./03. März 2012, entnommen.]